

*Rede von Alexander Popp | Landesgeschäftsführer des Schwulen Netzwerks NRW e.V. zum **Empfang der Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Regina van Dinther** anlässlich des 40. Jahrestages des „Christopher Street Day“*

*Montag, 18. Mai 2009 | 17 Uhr*

*- es gilt das gesprochene Wort –*

---

Sehr geehrte Frau Präsidentin van Dinther,  
sehr verehrte, liebe Gäste dieses Empfangs!

Im Namen der Lesben und Schwulen, die sich in den Verbänden, Organisationen und Gruppen Nordrhein-Westfalens bürgerschaftlich für Akzeptanz und Würde gleichgeschlechtlicher Lebensweisen engagieren, bedanke ich mich sehr herzlich für die heutige Einladung hier in den Landtag Nordrhein-Westfalens.

Fast schon traditionell eröffnen Sie, Frau Präsidentin, damit die Saison der CSD-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Mit dem CSD-Ständefest „Münster zeigt Farbe“ hat diese am vergangenen Wochenende begonnen. Am kommenden Wochenende findet der CSD hier in Düsseldorf statt, im Juni dann in Wuppertal, im Juli in Köln und Duisburg, im August in Bonn, Essen, Hagen, Bielefeld, Siegen und Dortmund. Den Reigen schließt wie immer der CSD im Märkischen Kreis Anfang September in Iserlohn.

Alle diese CSD-Veranstaltungen, Demonstrationsparaden und Straßenfeste erinnern in diesem Jahr an die Stonewall-Riots am 29. Juni 1969 in der New Yorker Christopher Street. Ich will mich auf diese Ereignisse beziehen und freue mich, dass ich dabei auf die kulturwissenschaftliche Analyse von Johannes Jakob Arens zurückgreifen kann, die wir mit der Publikation „Christopher Street Day – Der CSD im Spannungsfeld zwischen schwul-lesbischer Emanzipation und kommerzieller Spaßkultur“ in unserer Schriftenreihe „Alltagswelten | Expertenwelten“ veröffentlicht haben:

„Die in der Christopher Street gelegene, hauptsächlich von Schwulen frequentierte Bar Stonewall Inn hatte sich innerhalb ihres zweieinhalbjährigen Bestehens zu einer der beliebtesten Bars des New Yorker Greenwich Village entwickelt. Obwohl die Bar laut Zeitzeugen ein heruntergekommenes und schmutziges Ambiente bot, verkörperte sie für viele Besucher trotz der häufigen Razzien einen der wenigen

sicheren Rückzugsorte aus dem von staatlichen Repressalien dominierten Alltag. Während in allen New Yorker Bars der Ausschank von Alkohol an Homosexuelle verboten war, war hier sogar das Tanzen erlaubt. Neben dem Protest gegen die als unverhältnismäßig hart empfundenen, regelmäßigen Razzien und Sanktionen der Ordnungskräfte wurde, durch die Ausbeutung der von Schwulen frequentierten Lokale durch die Mafia, eine aufgeladene Stimmung als Grundlage für eine physische Gegenwehr geschaffen.

Am 29. Juni 1969 kam es zu einer erneuten Polizeirazzia, die, entgegen der üblichen Praxis, nicht mit den Betreibern der Bar abgesprochen war. Die Aktion richtete sich vor allem gegen die anwesenden, meist als Prostituierte arbeitenden männlichen *crossdresser* und führte zu einem Ausbruch angestauter Frustrationen. Nachdem die Verhaftung mehrerer solcher *drag hustlers* durch lautstarke Anteilnahme der Zuschauer vor dem Gebäude begleitet worden war, löste die Ankunft eines gepanzerten Transportfahrzeugs einen Stimmungsumschwung aus. Physische Gegenwehr zwang die überraschten Polizisten zu einem zeitweiligen Rückzug und auch die angeforderte Verstärkung durch die *Tactical Patriot Force* sah sich einer Phalanx singender und tanzender Drag Queens gegenüber.

Die Stimmung des folgenden Tages wird von Zeitzeugen als ausgelassen geschildert und nach einer weiteren Nacht von gewalttätigen Auseinandersetzungen machten sich erste Verschiebungen innerhalb des noch zögerlich schwulen Bewusstseins bemerkbar. Politische Forderungen wurden plötzlich konkret in Form von Graffiti und Plakaten oder physisch im demonstrativen Austausch von Zärtlichkeiten zwischen Männern im öffentlichen Raum präsentiert.

Aber nicht alle politisch aktiven New Yorker Schwulen und Lesben zeigten sich zufrieden mit dieser plötzlichen Radikalisierung. Die deutliche Präsenz von Drag Queens als diejenigen Stereotypen der schwulen Szenen, mit denen man möglichst nicht in Verbindung gebracht werden wollte, kam erschwerend hinzu. Die Leitung der New Yorker Mattachine Society distanzierte sich daher in Form von Plakaten und Flugblättern, in denen sie zur Ruhe und Mäßigung aufrief.“

Soweit zitiert aus der genannten Publikation.

40 Jahre später: In einer Veranstaltung zum Thema ‚Homophobie im Fußball‘ bemerkt ein Teilnehmer, es sei nicht förderlich für die Akzeptanz von Lesben und

Schwulen, wenn man immer nur Tunten als Vorbild wahrnehme. Wir müssten vielmehr zeigen, dass wir genauso „normal“ wie die anderen sind.

Seit ich mich schwulenpolitisch engagiere – und das sind inzwischen 20 Jahre – nehme ich in der Community immer wieder diese Spannung wahr: Wie angepasst an heteronormative Verhaltensmuster müssen wir sein, um mit der Akzeptanz der Mehrheitsgesellschaft rechnen zu dürfen? Wie provokant anders dürfen wir sein, ohne erneut als Exoten oder gar als Kriminelle entwertet zu werden?

Die Mehrheitsgesellschaft gibt uns Schwulen und Lesben einen enormen Anpassungsdruck vor. Viele von uns weichen diesem Druck um den Preis der stolzen Andersartigkeit, um den Preis von mehr Lebensqualität aus. Aber wäre es nicht toll, wenn sich ein Bewusstsein durchsetzen würde, in dem wir nicht genauso „normal“ wie die Anderen sondern vielmehr genauso „anders“ wie die Anderen wären?

„Ich bin genauso anders wie Du“ – dieser Satz nimmt die Eigenartigkeit jedes Menschen ernst und macht ernst mit der Botschaft, dass Vielfalt eine Stärke für unsere Gesellschaft ist.

Gestern wurde der Internationale Tag gegen Homophobie begangen. Ist so ein Tag überhaupt noch nötig? Ich meine, ja. Denn nach einem aktuellen Artikel in der taz zeigt eine neue Studie im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass große Teile der Bevölkerung staatliche Antidiskriminierungspolitik zum Schutz von Homosexuellen, Ausländern und Andersgläubigen für nicht notwendig erachten und dieser ablehnend gegenüber stehen. Die Deutschen, die selbst nicht davon betroffen sind, würden sich nicht für Diskriminierungsfragen interessieren. Dies obwohl hinsichtlich Ungleichbehandlung in Deutschland offensichtlich einiges im Argen liege.

Die taz schreibt weiter: „Akzeptanz finden am ehesten noch die Bekämpfung der Diskriminierung von Frauen am Arbeitsplatz und von Alten und Behinderten. Flaig (der Geschäftsführer des mit der Studie beauftragten Instituts) erläuterte, dass es sich dabei um die ‚sozial Inkludierten‘ handelt. Das heißt: Diese Gruppen werden als Teil der eigenen Gemeinschaft wahrgenommen. Homosexuelle, Ausländer und Andersgläubige gehören demnach für eine Mehrheit der Deutschen nicht dazu. Die Einschätzungen von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik sind in verschiedenen Milieus sehr unterschiedlich. Sich gegen Benachteiligung zu engagieren, so ein Fazit der Studie, scheint ein Anliegen der gesellschaftlichen Eliten

zu sein. Für junge, modern eingestellte Leute sei Antidiskriminierungspolitik heute etwas Selbstverständliches. Bereits bei der Gruppe der ‚bürgerlichen Mitte‘ allerdings sei eine sehr große Diskrepanz zwischen ‚Lippenbekenntnissen‘ und ‚Toleranz benachteiligter Gruppen einerseits‘ und ‚chauvinistischen Einstellungen und Ausgrenzungsimpulsen andererseits‘ festzustellen. Gar ‚Hass‘ gegenüber Diskriminierungsschutz fand Flaig im Milieu der ‚modernen Unterschicht‘ – diese Leute sähen sich selber als benachteiligt und nähmen Antidiskriminierungspolitik in erster Linie als Bevorteilung ‚unbeliebter Randgruppen‘ wahr. Eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt der Studie zufolge Schutz vor Benachteiligung für die als ‚nicht inkludiert‘ empfundenen Gruppen ab.“ Soweit der Bericht in der taz.

In einem solchen gesellschaftlichen Klima ist es mühsam und manchmal auch frustrierend, sich für die Selbstverständlichkeit schwuler und lesbischer Lebensweisen zu engagieren. Aber es ist ohne Alternative. Die CSD-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen konfrontieren eine oft offensiv ablehnende im besten Fall uninteressierte Öffentlichkeit mit uns Lesben und Schwulen. Dabei geht es nicht darum, zu fordern, dass wir selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sein dürfen, sondern zu zeigen, dass wir ein selbstverständlicher Teil dieser Gesellschaft sind und uns gleiche Rechte und gleiche Würde zustehen.

Es freut mich, dass Sie, Frau Präsidentin van Dinther, dieses Engagement wahrnehmen und wertschätzen, indem Sie uns heute hier in den Landtag eingeladen haben. Allen, die sich in den nächsten Wochen und Monaten im Rahmen der vielen CSD-Veranstaltungen überwiegend ehrenamtlich engagieren, tut ein solches Zeichen gut.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen Mut zum Anderssein und Mut zur Auseinandersetzung mit dem Anderen. Einen Mut, wie er in den Stonewall-Riots deutlich sichtbar geworden ist. Denn ohne die Radikalisierung in der New Yorker Street vor 40 Jahren gäbe es die Homosexuellenbewegung in der uns bekannten Form nicht, gäbe es ganz sicher nicht den Christopher Street Day und gäbe es nicht die errungenen Erfolge der Emanzipations- und Akzeptanzpolitik zu feiern.

Vielen Dank.